

Dieser Newsletter wird in der *englischen Fassung* von SOMO und WEED herausgegeben (*hier abonnieren*).

## Noch tiefer in den Schlamassel – Die EU nach den Europawahlen

Von Peter Wahl, WEED

Die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) Ende Mai markieren das Ende eines politischen Zyklus' in der EU. In der vorherigen Legislaturperiode war die EU in ihre bislang tiefste Krise geraten. Der Finanzcrash von 2008 war nicht nur ein besonders harter finanzieller und wirtschaftlicher Schlag, sondern seine Transformation in eine Krise der öffentlichen Haushalte wirkte als Katalysator, tief verwurzelte Strukturprobleme an die Oberfläche zu befördern. Die Krise, in die die EU schlitterte, war eine multiple Krise – ökonomisch, sozial und politisch. Mit den Wahlen wurde nichts davon gelöst. Mehr noch, zu den alten Problemen sind jetzt neue hinzugekommen.

Die politische Krise zeigt sich u.a. darin, dass 56,1% der EU-Bürger – mehr als die absolute Mehrheit – nicht an der Wahl teilnahmen. Diese extrem geringe Beteiligung ist ein Zeichen, dass die Leute nicht an das Europäische Parlament als wichtigen Akteur glauben. Die politische Krise manifestiert sich auch im spektakulären Erfolg der rechtspopulistischen Parteien. Einige davon sind nur eurokritisch, andere treten für einen Austritt ihres Landes aus der EU oder deren Abschaffung ein. In drei Ländern – Frankreich, Großbritannien und Dänemark – wurden sie zur jeweils stärksten Partei. Besonders das Ergebnis in den beiden großen Ländern war ein heftiger Schock. Die sozialistische Partei von Präsident Hollande und die Tories von Premier Cameron wurden nur drittstärkste Kraft. In mehreren anderen Staaten wie Österreich, Belgien, Finnland, Griechenland, Ungarn, Lettland und den Niederlanden stehen rechtspopulistische Parteien an zweiter oder dritter Stelle. Mit der ungarischen Jobbik und der griechischen Chrysi Avgi (Morgenröte) kamen offen faschistische Parteien ins Parlament. In Deutschland konnte mit der AfD erstmals eine konservative und moderat euroskeptische Partei mit 7% ins Parlament einziehen. Sie ist dort nun Mitglied in der Gruppe der Britischen Tories – zum großen Missvergnügen von Angela Merkel.

Die rechten Parteien können nicht über einen Kamm geschoren werden, und ihr zukünftiges Abstimmungsverhalten zu Finanzreformen, dem Euro, ökonomischen Krisen, Steuerpolitik und Austerität ist nicht wirklich vorhersagbar. Dennoch

## Inhaltsübersicht

- 1 – Noch tiefer in den Schlamassel – Die EU nach den Europawahlen
- 3 – Kurz-Info: TTIP – USA verweigern weiterhin Gespräche über Finanzmarktregulierung
- 3 – Kurz-Info: Dokumente belegen Liberalisierungsagenda im Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (TiSA)
- 4 – Kalender

ist der gemeinsame Nenner, dass ihr Erfolg nur die Spitze eines Eisbergs ist. Protest und Unzufriedenheit ist nicht nur am rechten Rand des politischen Spektrums zu finden, sondern artikuliert sich auch in der Mitte der Gesellschaft. Er steht für eine allgemeine Unzufriedenheit mit der EU und ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik. Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit, die den Sozialstaat untergraben, soziale Polarisierung durch die wachsende Kluft zwischen arm und reich und der Abstieg und die Abstiegsängste der Mittelklassen nähren die Populisten. Weitere Erfolge dieser Parteien können nur verhindert werden, wenn es einen Wechsel in der EU-Politik gibt, der den ökonomischen und sozialen Nährboden austrocknet, auf dem diese Parteien gedeihen.

Zugleich wurden die großen Mainstream-Parteien geschwächt. Sowohl die Christdemokraten (EPP) als auch die Sozialdemokraten (S&D) haben verloren (minus 19,3% bzw. Minus 2,6% der Sitze). Auch die Gruppe der Liberalen hatte verloren (minus 19,3%) sowie die Grünen (minus 12,3%).

Die Parteien links von den Sozialdemokraten haben ihr Ergebnis verbessert. Statt 35 Sitzen haben sie nun 52. Syriza wurde stärkste Partei in Griechenland und in Spanien erreichte *Podemos*, die erst vor wenigen Monaten aus der Anti-Krisen-Bewegung heraus entstanden war, acht Prozent, während die Spanische Allianz der *Vereinigten Linken* ihr Ergebnis auf fast zehn Prozent verdoppelte. Im EP werden beide der Gruppe der *Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)* angehören. Allerdings macht die Linke mit Ausnahme Griechenlands und Spaniens keine substantiellen Fortschritte. Offensichtlich kann die Linke Unzufriedenheit und Protest nicht in eigene Stärke verwandeln. Daher bleibt der linke Einfluss auf Lösungen für die Krise weiterhin äußerst beschränkt.

Zwei Drittel der neuen Abgeordneten werden aus Neulingen bestehen, also werden viele sich erst mit den Finanzmarkt- und Wirtschaftsreformen vertraut machen müssen. Es ist unklar, wie weit sie weitere Finanzmarktrefor-men auf der Agenda haben.

## Verfassungskrise ausgelöst

Direkt nach den Wahlen nominierte das Parlament den Kandidaten der stärksten Partei, Jean-Claude Juncker, zum Präsidenten der EU-Kommission und löste damit eine Verfassungskrise aus. Denn nach dem Lissabonner Vertrag liegt das Vorschlagsrecht für den Kandidaten beim Rat, also den nationalen Regierungen. Erst beim nächsten Schritt soll das EP ins Spiel kommen und den Vorschlag bestätigen – oder ablehnen. Dann müsste der Rat einen neuen Kandidaten vorschlagen. Der **Vertrag** ist sehr klar, was die Reihenfolge angeht: *„Der Europäische Rat schlägt dem Europäischen Parlament nach entsprechenden Konsultationen mit qualifizierter Mehrheit einen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission vor; dabei berücksichtigt er das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament.“* (Titel III, Artikel 9D/7 S. 306/21)

Der Konflikt dreht sich nicht nur um die interne Machtarchitektur. Sondern im Kern geht es um konkurrierende Ansätze für den weiteren Integrationsprozess: Der Rat repräsentiert die Nationalstaaten und ihre Souveränität, und damit die EU als Bündnis von Nationalstaaten. Das Parlament und erst recht das Vorgehen in der Causa Juncker stehen für die supranationale Tendenz. Der Konflikt schwelt als Dauerproblem seit langem, ist jetzt aber so richtig an die Oberfläche gespült worden. Der Coup des Parlaments zeigt – nicht zum ersten Mal –, dass der Bruch der Regeln eine Option ist, die von breiten Kreisen der politischen Klasse als legitimes Instrument angesehen wird. Auch in Deutschland hat das europophile Lager heftig Beifall geklatscht. Allerdings dürfte er sich als Schuss nach hinten erweisen, denn er vertieft die Kluft zwischen Großbritannien und dem Kontinent und könnte als Katalysator für den EU-Austritt der Briten wirken.

## Umkämpftes Krisenmanagement

Der vertragswidrige Zug des Parlaments führte zu hektischen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen. Die qualifizierte Mehrheit für Juncker kam nur unter der Bedingung zustande, dass der Fiskalpakt (siehe **Newsletter Dezember 2012**) gelockert wird und Frankreich, Italien und andere Staaten mehr Spielraum bei der Umsetzung des Pakts erhalten. Der italienische Regierungschef *Renzi*, der als einziger Sozialdemokrat substantielle Stimmenzuwächse erzielte, war die treibende Kraft hinter der Verknüpfung der Zustimmung für Juncker mit Änderungen beim Krisenmanagement. Der Fiskalpakt wird zwar nicht grundsätzlich infrage gestellt, aber die Bedingungen sollen gelockert und der Zeitrahmen flexibler werden. Zum Beispiel

sollen Investitionen in Wachstum nicht als Teil der öffentlichen Schulden gezählt werden. Im Gegenzug wird eine Erfüllung aller Ziele des Fiskalpakts versprochen.

Das ist offensichtlich ein Angriff auf die bisher herrschende Strategie beim Krisenmanagement – Haushaltsdisziplin und Austerität – und könnte einige der schärfsten wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen etwas abmildern.

Besonders interessant ist, dass hier zum ersten Mal eine offene Koalition gegen die deutsche Dominanz gebildet wurde. Neben *Renzi*, *Hollande*, dem österreichischen Kanzler *Faymann* und der dänischen Regierungschefin *Thorning-Schmidt* hat sich auch der deutsche Vizekanzler *Gabriel* daran beteiligt. Das fordert das Lager von *Merkel* heraus, aber es beschränkt auch die Reichweite der anti-deutschen Front. Denn *Gabriel* wird natürlich keinen Bruch der Koalition in Berlin riskieren. Dadurch hat die Revolte gegen *Merkel* eine eingebaute Bremse und wird letztlich doch wieder sehr stark durch deutsche Interessen bestimmt.

Dennoch könnte das Manöver, wenn es erfolgreich ist, als Modell für ein langfristiges Zurückdrängen der deutschen Orthodoxie dienen, die auch schon an anderen Fronten auf dem Rückzug ist. *Merkel* hatte z.B. in der EU eine Diskussion über einen Wettbewerbspakt angestoßen, nachdem schon einige Verträge zur Wahrung von Haushaltsdisziplin („two-pack“, „six pack“, Fiskalpakt) bei der Lösung der Krise nicht recht funktioniert haben. Unterdessen **verschlechtern sich die sozialen Indikatoren** weiterhin. In Spanien zum Beispiel erreichte im ersten Trimester 2014 die Arbeitslosigkeit 25,9% und die Jugendarbeitslosigkeit 55,5%.

## Die „alten“ Probleme ungelöst

Ein anderer Rückschlag für die deutsche Orthodoxie war die Zinssenkung der Europäischen Zentralbank (EZB) im Juni 2014 auf 0,15%, für Bank-einlagen wurde der Zins sogar auf -0,1% gesenkt (Negativzins, d.h. die Banken müssen zahlen, wenn sie Einlagen bei der EZB tätigen). Zur gleichen Zeit bot die EZB den Banken 400 Milliarden Euro langfristige Kredite an. Dieses Mal protestierte die Deutsche Bundesbank nicht einmal mehr. **EZB-Präsident Draghi kündigte an**, dass das Programm bis 2016 laufen soll, da die Erholung der Eurozone noch immer schwach, ungleichmäßig und brüchig sei. Die unorthodoxen Maßnahmen der EZB erinnern daran, dass die „alten Probleme“ nicht verschwunden sind.

Während des Wahlkampfes hatten die Spindoktoren versucht, den Eindruck zu erwecken, die Krise sei vorbei. Aber selbst der IWF urteilte am 20. Juni 2014, dass die Ruhe an den Finanzmärkten lediglich eine Folge der jüngsten Maßnahmen der EZB sei, nicht aber das Resultat einer echten Erholung. Sogar Bundesbank-Chef *Weidmann* spricht von einer *„trügerischen Ruhe“* an den Märkten (SZ, 24.06.2014). In anderen Worten: Es ist der Ret-

tungsring der EZB und nicht etwa eine selbsttragende Stabilität, die die Finanzmärkte davon abhält, abzusaufen oder gegen die Eurostaaten mit Haushaltsdefiziten zu spekulieren.

Es wird spannend zu sehen, ob das Ergebnis des [Stresstests der Europäischen Bankenbehörde \(EBA\)](#) für die 124 Großbanken der Eurozone im Oktober 2014 die Märkte ruhig halten wird. Denn ein altes Problem ist, dass die europäischen Banken immer noch zu viele Schulden haben und zu „Zombie-Banken“ geworden sind, die zu wenig Kredite an die Wirtschaft vergeben. Die Realwirtschaft und die Investitionen haben noch immer nicht das Vor-Krisen-Niveau erreicht, und die Inflation ist [laut IWF](#) besorgniserregend niedrig, auch in den Kernländern. Die Gefahr einer Deflation und einer lang andauernden Stagnation japanischen Typs ist daher noch lange nicht gebannt.

### Weitere Finanzreformen nötig

Zwar [rühmte sich](#) Kommissar Michel Barnier damit, in den letzten fünf Jahren 42 Reformprojekte angestoßen zu haben, doch diese beeindruckende Zahl steht nicht für substantielle Reformen, mit denen die tiefste Krise seit der Weltwirtschaftskrise der 1920er Jahre wirkungsvoll bekämpft worden wäre. Der Finanzlobby gelang es, wesentliche Vorschläge zu verwässern. Die beschlossenen Reformen sind voller Ausnahmen, sie sind in einigen Fällen ineffizient und insgesamt zu fragmentiert, um dem systemischen Charakter der Krise Rechnung zu tragen. Es braucht also noch deutlich weiter gehende Reformen als die schon beschlossenen (siehe [Newsletter Mai 2014](#)).

Es ist noch unklar, wer Nachfolger von Barnier werden wird und was dessen politisches Profil ist: reformorientiert mit regulatorischen Eingriffen wie Barnier oder mit neo-liberalem Vertrauen in die Selbstregulierungsfähigkeit von Märkten, wie bei Barniers Vorgänger Charlie McCreevy.

Mit Juncker als Präsident der Kommission, der natürlich auch Einfluss auf Finanzreformen hat, wird es wohl keine strengere Regulierung geben. Juncker war Vorsitzender der Eurogruppe der Finanzminister von 2005 bis 2012, also auch in der ersten Phase der Eurorettung, die sehr undurchsichtig und undemokratisch verlief. Er war auch langjähriger Regierungschef von Luxemburg. Obwohl dessen Bevölkerung nicht größer ist als die von Bradford, Duisburg oder Nabereschnyie Tschelny, ist Luxemburg die größte Steueroase der Eurozone. Laut dem [World Investment Report 2014 der UNCTAD](#) (Tabelle I.1.1) dient das Land als Brückenkopf für Geldflüsse über Briefkastenfirmen transnationaler Unternehmen. Von 367 Milliarden US-Dollar Zuflüssen dienen nur 8% realwirtschaftlichen Zwecken, und nur 6% der 364 Milliarden Abflüsse. Luxemburg hat auch, zusammen mit anderen EU-Staaten, viele Reforminitiativen blockiert, so die *Zinsrichtlinie* oder die *Finanztransaktionssteuer*.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die

nächsten fünf Jahre nicht leichter werden. Die „alten“ Probleme sind nicht gelöst und neue sind dazu gekommen. Es sieht alles danach aus, als ob die EU noch tiefer in Schlamassel gerät.

\*\*\*\*\*

### Kurz-Info: TTIP – USA verweigern weiterhin Gespräche über Finanzmarktregulierung

In der letzten Verhandlungsrunde zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP, für eine Einführung siehe den [Newsletter Februar 2014](#)) zwischen der EU und den USA verweigerten letztere erneut Gespräche über eine „Kooperation“ bei der Finanzmarktregulierung innerhalb von TTIP. Allerdings versucht die EU durch eine abgespeckte Agenda, diese „Kooperation“ weiterhin zu erreichen. Sie hat dafür ihre Vorschläge überarbeitet, wie die Kooperation und auch die gegenseitige Anerkennung von Regulierung aussehen sollen. Um den Druck auf die USA noch zu erhöhen, hat sich Binnenmarktkommissar Michel Barnier außerdem [geweigert](#), Finanzmarktbereiche für eine weitergehende Markttöffnung anzubieten. So wurden aus einem [kürzlich durchgesickerten Vorschlag](#) zu Dienstleistungen die Finanzmärkte kurzerhand komplett gestrichen.

\*\*\*\*\*

### Kurz-Info: Dokumente belegen Liberalisierungsagenda im Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (TiSA)

Die Verhandlungen von 22 Staaten und der EU für ein neues internationales Handelsabkommen für Dienstleistungen (TiSA) neben dem existierenden der Welthandelsorganisation (GATS) wurden in der jüngsten Verhandlungsrunde am 23.-27. Juni in Genf vorangetrieben. Nach einer langen Periode, in denen die Verhandlungen im Geheimen vorangetrieben wurden, enthüllte nun ein bei Wiki-leaks durchgesickertes Dokument zum Kapitel zu Finanzdienstleistungen, dass TiSA klar über die bestehenden GATS-Regeln hinausgehen würde. Zum Beispiel soll der bestehende Liberalisierungsgrad als unveränderlich festgeschrieben werden („standstill“) und alle Vertragspartner, sollen Monopole beseitigen oder sie in ihrer Reichweite reduzieren. Die Staaten sollen sich auch verpflichten, den bestehenden Grad an Marktgelegenheiten („market opportunities“) und die gewährten Begünstigungen („benefits already enjoyed“) nicht zu begrenzen oder zu beschränken. TiSA würde also jede Abkehr von einer bestehenden Liberalisierung extrem erschweren. Das Abkommen soll auch so gestaltet sein, dass alle (ausländischen) Dienstleistungsanbieter gleich behandelt werden

müssen, außer dies wird explizit in einer „Negativliste“ ausgeschlossen. Allerdings sollen andere Regeln, nämlich zum „Marktzugang“, nur dann angewendet werden, wenn es ein ausdrückliches Bekenntnis dazu gibt („Positivliste“).

\*\*\*\*\*

## Kalender

Für mehr Hintergrundinformationen zu den offiziellen Terminen der europäischen Institutionen siehe:

- Europäische Kommission
- Europäischer Rat
- Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN)
- Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments
- G20-Finanzstabilitätsrat (FSB)

### Juli

- **7 Eurogruppe (Brüssel):** Treffen
- **7/8, ESMA (Paris):** Anhörung zu MiFIDII und MiFIR (tbc)
- **8 ECOFIN (Brüssel):** Treffen
- **13, Kommission (Brüssel): Frist Konsultation zu Investor-Staat-Schiedsverfahren in TTIP**
- **14, ESA (Brüssel):** Frist der Konsultation zu „Risks from non-cleared OTC derivatives contracts“
- **14-16, EP (Straßburg):** Plenum, Abstimmung zum Kandidaten des Rats für die Präsidentschaft der Kommission
- **14-18 TTIP (Brussels):** Sechste Verhandlungsrunde
- **22, ECON (Brüssel):** Treffen

### August

- **1, ESMA (Paris):** Frist der Konsultation zu **MiFID II / MiFIR**
- **19, EBA (London):** Frist der Konsultation zu **Benchmarking Portfolios**
- **19-23, Attac (Paris):** Sommerakademie

### September

- **3-4, ECON (Brüssel):** Treffen
- **12, EBA (London):** Frist der Konsultation zu **Advanced Measurement Approaches for operational risk**
- **13, EBA (London):** Frist der Konsultation

zu **materiality, proprietary and confidentiality and on disclosure frequency**

- **15-17, EP (Straßburg):** Plenum
- **18 Eurogruppe (Brüssel):** Treffen
- **18-21, G20 (Cairns, Australien):** Treffen Finanzminister und Zentralbankvertreter
- **19 ECOFIN (Brüssel):** Informelles Treffen
- **26, EBA (London):** Frist der Konsultation zu **Permanent and temporary uses of the IRB approach**
- **22-23, ECON (Brüssel):** Treffen
- **30, ECON (Brüssel):** Treffen

### Oktober

- **?, EBA (London):** Ergebnisse des **Stresstest** für 124 EU-Banken werden veröffentlicht
- **7, ECON (Brüssel):** Treffen
- **9-10, G7 (Washington):** Vizefinanzminister-Treffen
- **13, ECON (Brüssel):** Treffen
- **13, Eurogruppe (Brüssel):** Treffen (tbc)
- **14, ECOFIN (Brüssel):** Treffen (tbc)
- **21-23, EP (Straßburg):** Plenum
- **23-24, European Council (Brüssel):** Treffen

### November

- **3-4, ECON (Brüssel):** Treffen
- **9, Eurogruppe (Brüssel):** Treffen
- **10, ECOFIN (Brüssel):** Treffen
- **11, ECON (Brüssel):** Treffen
- **13-15, G20 (Brisbane, Australien):** Wahrscheinlich Entwurf des Kommuniqués
- **15-16, G20 (Brisbane, Australien):** Treffen **Staats- und Regierungschefs**
- **17, ECON (Brüssel):** Treffen
- **24-27, EP (Straßburg):** Plenum

### Dezember

- **1-2, ECON (Brüssel):** Treffen
- **8, ECON (Brüssel):** Treffen
- **13, Eurogruppe (Brüssel):** Treffen
- **14, ECOFIN (Brüssel):** Treffen
- **15-18, EP (Straßburg):** Plenum
- **18-19, European Council (Brüssel):** Treffen

\*\*\*\*\*

**Herausgeber:** Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung, WEED e.V., Eldenaer Str. 60, 10247 Berlin. Die englische Originalfassung wird gemeinsam mit der niederländischen Organisation SOMO herausgegeben.

**Kontaktperson:** Markus Henn, Tel. 0049-30-27582249, [markus.henn@weed-online.org](mailto:markus.henn@weed-online.org)

Dieser Newsletter ist finanziell gefördert von der Ford Foundation. Die Inhalte liegen in der alleinigen Verantwortung von WEED und können nicht der Ford Foundation zugerechnet werden.



[www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)